

# Bani-Sadr: Teheran gab Mordauftrag

Ex-Präsident Irans nennt im Mykonos-Prozeß Namen der Killer

Berlin. sav  
Der frühere iranische Staatspräsident Abdul-Hassan Bani-Sadr hat im Mykonos-Prozeß vor dem Berliner Kammergericht die iranische Staatsführung beschuldigt, Anschläge auf Oppositionelle zu befehlen.

Die Mordpläne werden von Staatspräsident Rafsandschani und dem geistigen Führer Khamenei „freigegeben“, erklärte Bani-Sadr gestern in seiner Zeugenaussage. Für die Ausführung der Anschläge sei Geheimdienstchef Fallahijan zuständig.

Seit drei Jahren müssen sich vor dem Kammergericht ein Iraner und drei Libanesen wegen des Anschlags

auf vier Oppositionelle im Berliner Restaurant Mykonos verantworten. Die Anklage geht davon aus, daß der Mordauftrag aus Teheran kam. Laut Bani-Sadr hat das Mullah-Regime vor vier Jahren einen fünfköpfigen „Rat für Sonderoperationen“ gegründet, der „politische Todesurteile“ fällt. Die Planung der Tat werde einem Komitee überlassen, das in Ghasr-e Firuse bei Teheran tagt. Der Mordplan wird Bani-Sadr zufolge Khamenei und Rafsandschani vorgelegt. Weitere 16 Organisationen unter der Aufsicht Rafsandschani und Khameneis seien in die Attentate verstrickt, sagte der Ex-Präsident, der auch Namen von Killern nannte.

Die Bundesanwaltschaft will jetzt prüfen, ob gegen Rafsandschani und Khamenei ermittelt werden müsse. Allerdings seien dann völkerrechtliche Schwierigkeiten zu erwarten.

Im Anschluß an seine siebenstündige Vernehmung befürchtete Bani-Sadr, daß bei einem geheimen Treffen zwischen Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer (CDU) und Rafsandschani Sohn im Mai dieses Jahres in Teheran Absprachen für die Zeit nach dem Prozeß und die Freilassung der Angeklagten getroffen wurden. Der Europäischen Union warf er vor, nicht entschieden gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran vorzugehen.

Seite 2

AA000323

## Morde an Oppositionellen

Berlin. AP/dpa

Der Prozeß um die Morde an vier iranisch-kurdischen Oppositionellen im Berliner Lokal „Mykonos“ läuft seit Oktober 1993. Vor dem Kammergericht sind ein Iraner und vier Libanesen angeklagt. Sie sollen dem Mordkommando angehört haben, das am 12. September 1992 das Restaurant überfallen und dabei unter anderen den Generalsekretär der in Iran verbotenen Demokratischen Kurdischen Partei (PDKI), Sadegh Charafkandi, getötet hatte. Die deutschen Ermittler fahnden noch nach anderen Mitgliedern des Kommandos, unter anderen dem Anführer.

Einen Monat vor dem Attentat, im August 1992, hatte der iranische Geheimdienstminister Ali Fallahijan in einer Fernsehansprache angekündigt, Oppositionelle auch außerhalb des Landes zu verfolgen. Fallahijan war es auch, der im Vorfeld versuchte, den Prozeß zu verhindern. So reiste er kurz vor Eröffnung der Verhandlung eigens nach Bonn, um beim deutschen Geheimdienstkoordinator und Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer (CDU) Druck zu machen. Er soll dort gefordert haben, im Fall eines Schuldspruchs dafür zu sorgen, daß Iran nicht als Auftraggeber genannt werde.

Erst im Laufe des Prozesses wurden Vorwürfe laut, die Führung in Teheran stecke hinter dem Terroranschlag. Nach Überzeugung der Bundesanwaltschaft zog der iranische Geheimdienst Vevak im Hintergrund die Fäden. Vevak soll den Beschuldigten Kazem Darabi, einen Geheimdienstagenten und Angehörigen der islamischen revolutionären Gardien Pasdaran, beauftragt haben, die PDKI-Führung zu liquidieren. Für die Planung und Ausführung des Mordkomplotts soll Darabi, der in Berlin als Gemüsehändler tätig war, die mitangeklagten Libanesen angeheuert haben. Kanzleramtsminister Schmidbauer sagte im März 1994 vor Gericht aus, er könne nicht beurteilen, ob iranische Stellen das Attentat anordneten.

Mittlerweile gibt es jedoch eine Reihe von Indizien, die die Beschuldigungen gegen Teheran untermauern. Iran bestreitet die Vorwürfe. Dessen ungeachtet erließ der Bundesgerichtshof im März Haftbefehl gegen den Geheimdienstminister Fallahijan, was zu enormen Spannungen zwischen der Bundesrepublik und Iran führte. Fallahijan wird vorgeworfen, die Morde an den Oppositionellen angeordnet zu haben.

Der Prozeß könnte noch in diesem Jahr zu Ende gehen.

AA000324

AA000325